

JUNGSOZIALIST*IN

Verbandsmagazin Jusos Nord-Niedersachsen

ISSUE NO. 3 | APRIL 2019

Wo beginnt eigentlich die EU?

Die Bedeutung der Europäischen Union für einzelne Kommunen

Stand der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik -

Eine Meinungsschrift von Jonas Pagels

**Wie die SPD Europas Wirtschaft
gerechter machen möchte**

Buchempfehlung

Noch ist Polen nicht verloren!

Terminübersicht



Nord-Niedersachsen

Inhaltsübersicht

- 03** **Grußwort**
Lasse Rebbin
- 04** **Bericht Seminar Jugend in der Politik**
Lasse Rebbin
- 05** **Wo beginnt die EU - Ein Beispiel**
Katharina Brumme
- 06** **Erasmus +**
Katharina Brumme
- 07** **Noch ist Polen nicht verloren!**
Mattheus Berg
- 10** **Wie die SPD Europas Wirtschaft gerechter
machen möchte**
Mattheus Berg
- 12** **Europäische Außen- und Sicherheitspolitik**
Jonas Pagels
- 14** **Buchempfehlung: Female Diplomacy**
Lasse Rebbin
- 15** **Termine**
- 16** **Editorial & Impressum & Literatur**

Liebe Leser*innen,

nun haltet ihr das erste Mal ein gedrucktes Verbandsmagazin der Jusos Nord-Niedersachsen in euren Händen. Gleichzeitig ist dieses Verbandsmagazin das Erste des neuen Bezirksvorstandes. In dieser Ausgabe haben wir uns intensiv mit dem Thema Europa beschäftigt, denn auch für uns ist und bleibt das wichtigste Ereignis der nächsten Wochen die Europawahl am 26. Mai 2019.



Wie keine andere Wahl in der Geschichte der Europäischen Union entscheidet diese grundlegend über die Richtung, in die wir die Europäische Union lenken wollen. Für uns als sozialistischer, feministischer, internationalistischer und antifaschistischer Richtungsverband ist die Richtung ganz klar: wir wollen ein Europa, das solidarisch handelt, ein Europa der demokratischen Mitbestimmung, ein Europa der offenen Grenzen und ein Europa, das gute soziale Standards für alle Menschen setzt. Ein Europa so wie wir es wollen, wird von vielen Seiten bedroht. Von den Konservativen, die junge Menschen und ihre Anliegen oft nicht ernst nehmen, von den Neoliberalen, die wirtschaftliche Interessen vor Soziale stellen, aber vor allem von den Nationalist*innen für die die Europäische Union ein Hindernis auf dem Weg zur Abschottung darstellt. Für uns ist deswegen klar, dass wir auf der Straße und im Netz für unsere Europäische Idee kämpfen müssen. Ich hoffe, dass euch dieses Verbandsmagazin interessante Einblicke über europäische Sozialpolitik bis hin zu europäischer Sicherheitspolitik gibt und wünsche viel Spaß beim Lesen!

Mit jungsozialistischen Grüßen
Lasse

Bericht Seminar Jugend in der Politik

In diesem Bericht blicken wir zurück auf eine Juso-AG, die sich Juribert nannte und die wohl schlimmste Jahreshauptversammlung aller Zeiten erlebte.

Alle Menschen, die die AGen, Unterbezirke und Kreisvereine in Nord-Niedersachsen kennen, müssten nun stutzen und sagen: „Moment Mal! Es gib doch gar keine AG Juribert!“. Das ist auch richtig, aber bei unserem diesjährigen Einstiegsseminar „Jugend in der Politik“ war eben vieles anders.



Angefangen damit, dass wir unser jährlich stattfindendes Seminar dieses Mal nicht nur für Neumitglieder gestalteten, sondern auch einen Fortgeschrittenen-Strang anboten. Beide Stränge kreuzten sich dabei an mehreren Punkten. So konnten die Teilnehmer*innen nach einer Grundwertediskussion in den verschiedenen Strängen lernen, wie man Anträge schreibt, Konferenzen organisiert und durchführt, Reden schreibt und lernen, wie man gute Social-Media Arbeit betreibt. Diese und viele weitere Skills konnten anschließend in dem Planspiel zur Jahreshauptversammlung der AG Juribert angewendet werden. Eine Übung, die vor allem das Präsidium an seine Grenzen brachte und für den ein oder anderen Lacher sorgte.

Natürlich durfte aber auch der Austausch mit Politiker*innen nicht fehlen. Bei der gemütlichen Atmosphäre eines Netflix-Kamins diskutierten wir

mit der Verdener Landtagsabgeordneten Dr. Dörte Liebeth über ihre Zeit als aktives Mitglied der Jusos, die anstehenden Europawahlen und ihre Arbeit im Landtag. Wir denken, dass wir Dörte gute Impulse nach Hannover mitgeben konnten!



Wir blicken auf ein produktives und spaßiges Wochenende mit tollen Teilnehmer*innen und guten Diskussionen zurück. Wir freuen uns auf das nächste Seminar und vielleicht ja auch auf ein Wiedersehen mit der AG Juribert.



Die Frage, wo die EU beginnt, wird jede*r anders beantworten. Häufig wirkt die EU noch weiter entfernt als die Bundespolitik. Doch Europäische Union beginnt schon vor der Haustür.

In den Kommunen und im Land ist häufig nicht sofort erkennbar, wo Projekte durch die EU gefördert, unterstützt oder gar möglich gemacht werden.

In einer kleinen Gemeinde in Niedersachsen, zwischen Elbe und Weser (ca. 2500 bis 3000 Einwohner*innen), gehört die EU auf den ersten Blick nicht zum Alltag. Typische Probleme wie fehlende Busverbindungen, schlechter Mobilfunk und keine Ärzt*innen sind leider vorherrschend.

Doch auch hier lässt sich die EU finden, durch ein Förderprogramm beantragte Gelder sollen hier in Zukunft für ein kleinen Einkaufsladen mit integrierter Ärzt*innenpraxis sorgen.

Durch weitere Fördergelder wird gleichzeitig im Nachbarort Glasfasernetz für einen schnelleren Internet Anschluss verlegt.

Einige Orte weiter, im örtlichen Gymnasium setzten sich Schüler*innen und Lehrer*innen in einem Austausch mit einer norwegischen Schule durch ein Erasmusprogramm mit dem Klimaschutz auseinander.

In einem anderen Ort, wurde schon vor einigen Jahren durch Fördergelder ein Jugend- und Kulturzentrum gebaut, welches zum Treffpunkt, gerade der Jüngerer, geworden ist, aber auch zum außerschulischen Bildungsort wurde. Durch dieses wurde dem Ort ein Stück Kultur gegeben, wovon leider immer noch zu wenig dort

existiert. Ein Problem was außerhalb von Städten leider zum Alltag gehört.

Neben Projekten vor Ort, die meist gar nicht so bekannt sind, gibt es aber auch land- und bundesübergreifende Regelungen, die das Leben beeinflussen. Durch die DSGVO müssen die Leute heute mehr über den Schutz ihrer Daten nachdenken und vor allem Unterschriften setzten. Gegen Artikel 11 und 13 (jetzt 15 und 17) sind in den letzten Wochen vor allem junge Menschen auf die Straße gegangen um für freies Internet zu kämpfen, das auch nicht nur in Deutschland. Diese Artikel betreffen nämlich das digitale Leben der Menschen überall, also auch in der kleinen Gemeinde zwischen Weser und Elbe.

Das was aber das Leben der Menschen am meisten beeinflusst im positiven, bleibt meist ungenannt. Der Zusammenschluss vieler europäischer Staaten in Wirtschaft und Politik hatte einst auch ein Ziel und ist dafür immer noch Garant, um den es zu kämpfen gilt: FRIEDEN.

Nichts beeinflusst das Leben in der EU, im Bund, im Land und auch in der kleinen Gemeinde so sehr, wie der Frieden. Ohne ihn wären freies Arbeiten, ein Kurztrip in die Nachbarstaaten oder einfach ein Leben ohne Kriegssorgen gar nicht möglich, für einen Großteil der Bevölkerung.

Und wo beginnt nun die EU?

Diese beginnt bei jedem Menschen in der EU, auch bei den Britt*innen, den Europäer*innen. Egal wie groß die Gemeinde ist.

Erasmus +

Was ist eigentlich Erasmus +?

Das ist ein Förderprogramm der Europäischen Union, welches noch bis 2020 läuft. Durch dieses, vor allem im Bereich Bildung angesiedelte, Programm sollen nicht nur Hochschulen, Firmen, etc. profitieren, sondern auch Einzelpersonen. Dafür stehen jährlich ca. 14,7 Milliarden Euro bereit.

Bei Erasmus+ sind die EU-Staaten, Liechtenstein, Island, Norwegen, Nord Mazedonien aktiv.

Erasmus+ soll dabei unter anderem für weniger Erwerbslose, mehr Bildung für Erwachsene, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, gegen die Politikverdrossenheit und zum vermehrten Austausch zwischen den EU-Staaten sorgen.

Doch wie entstand Erasmus +?

Das Programm Erasmus+ entstand 2014 aus verschiedenen Einzelprogrammen rund ums Thema Austausch junger Menschen, unter anderem durch Bildung.

Eins dieser Vorgängerprogramme ist Erasmus (European Region Action Scheme for the Mobility of University Students), welches sich vor allem um den Austausch von Studenten kümmert und eins der bekannteren Projekte ist. Es existiert seit 1987, also 2019 schon 32 Jahren. Die Gründe, weshalb das Programm einst entstand, sind größtenteils die gleichen wie schon 1987, einige kamen noch hinzu im Laufe der Zeit. Die Vernetzung und damit der Austausch, das Lernen und das Schaffen einer Europäischen Identität stehen dabei u.a. im Vordergrund.

Und was passiert so bald der Brexit eintritt?

Auch wenn der Brexit derzeit wieder in etwas weitere Ferne gerückt ist, gibt es hier erstmal eine Entwarnung, da durch Regelungen von Erasmus+ schon vorgesorgt wurde, selbst bei No-deal.

Diese Regelungen betreffen Teilnehmer*innen des Erasmus+ Programmes, die aus einem anderen Land nach Großbritannien gekommen sind und umgekehrt für Teilnehmende Britt*innen in einem anderen Land. Die Regelung greift aber nur, wenn die Reise vor Austritt Großbritanniens aus der EU (derzeit der 31.10.2019) gestartet wird.

Außerdem geht Erasmus+ nur noch bis 2020.

Wie geht es ab 2021 weiter?

Die EU hat sich in den Jahren 2017 und 2018 darauf verständigt, Erasmus+ weiter laufen zu lassen. Dieses wird für den Zeitraum 2021 bis 2027 somit verlängert und angepasst auf derzeitige Verhältnisse, die sich seit Beginn der derzeitigen Periode (2014 bis 2020) verändert haben. Zu diesen Anpassungen gehört unter anderem das Aufstocken der zur Verfügung stehenden Mittel, um noch mehr, vor allem jungen, Menschen die Möglichkeit zu geben, außerhalb ihres eigenen Landes Lernerfahrungen zu sammeln.

Weiterhin soll die Verlängerung des Projektes zur Bildung und Kultur in der EU beitragen, welche sich als Ziel gesetzt hat, bis 2025 einen gemeinsamen europäischen Bildungsraum zu schaffen.

Noch ist Polen nicht verloren!

Wie progressive Kräfte in unserem Nachbarland für Freiheit und Demokratie kämpfen

25. Oktober 2015. Ein symbolträchtiger Tag. Die von Jarosław Kaczyński geführte nationalkonservative PiS (Recht und Gerechtigkeit) gewinnt bei der Parlamentswahl die Absolute Mehrheit im Sejm - zum ersten Mal. Fortan wird ein Kabinettsregieren, welches lediglich aus einer einzigen Partei besteht - zum ersten Mal. Die Linke Sammlungsbewegung aus postkommunistischen Sozialdemokraten, Grünen, Sozialisten und Liberalen ist an der Sperrklausel gescheitert, im Parlament sind von nun an keine linken Parteien mehr vertreten - zum ersten Mal. Nach zwei Legislaturperioden ist die Koalition aus der christdemokratischen Bürgerplattform PO und der Polnischen Bauernpartei PSL vollständig abgewählt. Die PiS gewinnt die Wahl und stellt mit Andrzej Duda ab dem 18. November nicht nur den Staatspräsidenten, sondern mit Beata Szydło auch die Premierministerin Polens. Eine Machtkonzentration, welche ein übles Nachspiel haben sollte.

Man kann behaupten, Polen sei das, wovor wir uns in Deutschland noch fürchten. Von der Aufbruchsstimmung der 90er und 00er Jahre ist nicht mehr viel übrig geblieben. Europäische Partner werden von der Regierung vorgeführt, die Gesellschaft ist gespalten. Die freiheitliche Demokratie, welche Polen in einem jahrzehntelangen Kampf errungen hatte, ist in Gefahr.

Parlamentarische Bräuche werden ohne mit der Wimper zu zucken über den Haufen geworfen. Der Sejm scheint meist nur noch wie die Fassade eines Parlaments: In kürzester Zeit werden Gesetze auf den Weg gebracht, welche staatliche Institutionen, vom Öffentlichen Rundfunk bis zum Verfassungsgericht, unter die Kontrolle der PiS-Partei stellen und rechtsstaatliche Prinzipien ignorieren. Parlamentsdebatten werden so kurz gehalten, wie es nur möglich ist, in einigen Ausschüssen gibt es mittlerweile nur noch 30 Sekunden Redezeit pro Parlamentarier*in. Die Opposition wird düpiert, eine Immunität nach der anderen wird aufgehoben. Bei kontroversen Debatten stehen teilweise uniformierte Wachleute neben dem Rednerpult. Das Parlament ist zu einer Abstimmungsfabrik geworden, in der mit der Gewaltenteilung regelrecht jongliert wird. Bereits im Wahlkampf hetzte die PiS gegen Minderheiten und die Europäische Union, besonders gegen die Aufnahme von Flüchtlingen. Gemeint ist nicht die Aufnahme von Millionen und auch nicht von Tausend Flüchtlingen - gemeint ist: Kein Einziger Flüchtling. Dieser Kurs kam bei der streng religiösen Bevölkerung an. 87% der Menschen in Polen sind katholisch. Dementsprechend groß ist auch der Einfluss der Kirchen.

Diese betiligen sich unter anderem durch eigene Rundfunkanstalten, Podcasts und YouTube Channels am politischen Diskurs. Fox News mit ein bisschen Jesus. Der Klerus war schon lange politisiert. Er spielte beim Sturz des „kommunistischen“ Regimes eine entscheidende Rolle. Heute ist er regierungstreu - in den Kirchen wird für starke Väter gebetet, die den Boden der Vorväter beschützen müssen. Homosexuelle Menschen oder abtreibende Frauen* werden ebenfalls häufig zur Zielscheibe.



Bei all dem fällt es wohl nicht besonders schwer, die Hoffnung zu verlieren. Doch es gibt Sie noch. Die progressiven Kräfte. In der Zivilgesellschaft nämlich. So trieb die Bewegung „czarny-protest“ im Jahr 2016

zehntausende schwarz gekleidete Frauen* auf die Straßen, um gegen die Verschärfung der ohnehin reaktionären Abtreibungsgesetze zu demonstrieren. Über 200.000 Menschen unterschrieben eine Petition gegen das neue Anti-Abtreibungsgesetz. Eine Welle der Solidarität folgte in ganz Europa. Was einige Zeit später folgte, hat vor den Protesten niemand für möglich gehalten. Das Gesetz erreichte keine parlamentarische Mehrheit. Ein großer Teil der Regierungsfraktion hatte es sich offensichtlich anders überlegt.

Auch gegen die umstrittenen Justizreformen regte sich jeweils großer Widerstand. Etwa nachdem die Regierung angekündigt hat, mehrere Richter*innen in den vorzeitigen Ruhestand zu schicken, um Platz für die eigenen Leute zu schaffen, demonstrierten Tausende vor staatlichen Gebäuden und forderten „Freie Gerichte“, skandierten „Europa, gib nicht nach“ oder legten Schweigeminuten für die Demokratie ein.

Die Europäische Kommission trieb im vergangenen Jahr ein Rechtsstaatsverfahren ein und setzte Sanktionen gegen Warschau in Kraft und konnte damit zumindest Achtungserfolge einfahren. Auch der EuGH mischte sich in die polnische Innenpolitik ein und erlegte Auflagen gegen die Zwangspensionierung von Richtern. Das Ganze zeigt die Wichtigkeit der Europäischen Union: Sie wird auch mal ungemütlich und ist wie eine Wächterin demokratischer Prinzipien.

Doch was tun, in einem Staat, in dem die Wähler*innen beinahe nur zwischen einem national-konservativen und einem liberal-konservativen Lager unterscheiden können?

Hier kommt Robert Biedroń ins Spiel. Medienprofi, erster offen homosexueller Politiker Polens. Mittlerweile auch Bestsellerautor. Er war Teil der sozialdemokratischen Partei, später sogar Sejm-Abgeordneter für die links-libertäre „Twój Ruch“, dies glich aufgrund seiner Sexualität einer Revolution, bis heute ziehen radikale Katholiken vor sein Haus und beten für diesen „Sünder“. 2014 zettelte er die nächste Revolution an und wurde (bis 2018) parteiloser Bürgermeister der nordpolnischen Stadt Słupsk. Er richtete die Stadt wieder auf, modernisierte sie, erhielt zahlreiche Auszeichnungen für sein Schaffen und wurde in einigen Umfragen als einer der beliebtesten Politiker Polens geführt. Besonders brisant: Als Bürgermeister durfte Biedroń über 145 Paare trauen - ein Fakt, der vielen im Land nicht geschmeckt hat.

Mittlerweile hat er als Bürgermeister Platz gemacht. Momentan ist er einfacher Ratsherr und - hier kommt der Clou - Parteichef. Im Februar gründete er nämlich seine eigene Partei Wiosna, zu Deutsch „Frühling“. Sie ist klar progressiv, manche sagen sozialdemokratisch ausgerichtet. Mit dieser Partei bringt Biedroń Themen auf die Tagesordnung, die in letzter Zeit nur wenig Beachtung fanden. Frauenrechte, Gleichberechtigung, Ökologie, Inklusion, Rechtsstaat, freies Internet. Typisch linke Themen eben. Auch Wiosna fordert eine Grundrente, kaum irgendwo wäre diese so notwendig, wie in Polen. Gesundheitssystem und Nahverkehr sollen stark ausgebaut werden. Auch das frisch von PiS eingeführte Kindergeld soll erhöht werden. Es tut sich was.



Zu Biedrońs Veranstaltungen strömen Menschen. Vor kurzem begrüßte er selbst EU-Kommissar Frans Timmermans bei einem Brainstorm-Format, den Frans Timmermans, den die Rechten im Land fast schon zum Staatsfeind erklärt haben. Im Gegensatz zu den Kaczynskis und Dudas posiert Biedroń nicht neben Orban und Konsorten, sondern neben Katarina Barley oder auch Pedro Sanchez. Bei den kommenden Europawahlen tritt Wiosna zum ersten Mal an, mit Biedroń an der Spitze. In Umfragen erhält sie dabei teils über 15%. Sehr gut möglich also, dass Biedroń sich demnächst in der gleichen Fraktion befindet, wie Barley oder Timmermans. Den Christdemokraten erteilte er jedenfalls eine klare Absage.

Wie die SPD Europas Wirtschaft gerechter machen

Die letzten 10 Jahre war Europa von Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungskrisen geprägt. Austerität und Reformkurse hatten nicht die erwarteten Effekte. In den Schlagzeilen liest man immer häufiger von faulen Steuertricks von Apple, Google&Co. In der Bevölkerung hat dies Zweifel am Wohlstandsversprechen der EU gedeihen lassen. Doch welche Antworten sind im Wahlprogramm unserer Mutterpartei zu finden, wie möchte die SPD Europas Wirtschaft gerechter machen?

Ein zentrales Projekt der SPD ist die Schaffung europaweiter Mindestlöhne. Das heißt nicht, dass alle Arbeitnehmer*innen in Europa den gleichen Betrag bekommen sollen, sondern dass in jedem Land in Europa ein Mindestlohn von 60% des jeweiligen Durchschnittslohns gelten soll. In Deutschland hieße das einen Mindestlohn von 12€. Eine deutliche Steigerung zum Status Quo von 9,19€. Damit möchte die SPD Armut und Billiglöhnen in der EU entgegenwirken. Außerdem könnte dieses Projekt die Binnennachfrage in Deutschland ankurbeln und somit den großen Exportüberschuss zumindest ein wenig eindämmen. Das wiederum könnte sich **d u r c h a u s p o s i t i v a u f d a s** Wirtschaftswachstum auswirken - auch in den anderen Ländern der Eurozone.

Neben der Erhöhung sozialer Standards und Verbesserungen für Grundsicherungssysteme möchte die SPD auch der hohen Arbeitslosigkeit in Europa entgegenwirken. Dafür soll z.B. ein Fond zur Sicherung von

Sozialsystemen geschaffen werden. Hieraus soll in Krisenzeiten Geld für die Finanzierung der Arbeitslosenversicherungen gezogen werden, um Leistungen nicht kürzen zu müssen. In Boomzeiten soll dieser gefüllt werden. Olaf Scholz würde sagen: Keynes nach Lehrbuch. Mit der Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESF zu einem Europäischen Währungsfonds soll frühzeitig geholfen werden und nicht erst, wenn bereits **e i n e K r i s e** ausgebrochen ist. Außerdem möchte die SPD die Jugendgarantie ausbauen, mit der bereits über 17 Millionen Jugendliche einen Weg aus der **A r b e i t s -**losigkeit aufgezeigt bekommen haben. Mit der Kindergarantie möchte die SPD nun die Kinderarmut bekämpfen. Dafür sollen 5,9 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, um allen Kindern in Europa einen gleichwertigen Zugang zu Bildung, gesunden Nahrungsmitteln und einer guten Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.



Wenn es um wirtschaftliche Gerechtigkeit geht, lässt sich ein Thema nicht vermeiden (Achtung Wortwitz): Steuern. Steuerdumping muss beendet werden, die EU-Mitgliedsstaaten sollen sich kein Rennen um die niedrigsten Steuern liefern. Deshalb möchte die SPD die Berechnung von Unternehmenssteuern in Europa angleichen. Zusätzlich sollen Mindeststeuern eingeführt werden, welche auch dafür sorgen sollen,



dass keine neuen Steuer oasen entstehen und Mitgliedsstaaten der EU ihre Steuern nicht unter ein bestimmtes Niveau senken können, um Wettbewerbsvorteile zu erlangen.

Die Verfolgung von Steuerkriminalität soll u.a durch die Schaffung von Sondereinheiten massiv verschärft werden. Durch

automatische Meldepflicht für Banken und mehr Möglichkeiten etwa beim Einfrieren von Konten soll die Strafverfolgung zusätzlich vereinfacht werden.

Die SPD spricht sich im Wahlprogramm zur Europawahl für eine Digitalsteuer für Internetkonzerne aus. Wie diese aussehen

sollte will sie zuerst europäisch, später auch weltweit erläutern. Für die von den Jusos schon lange geforderte Finanztransaktionssteuer soll es ebenfalls einen neuen Anlauf geben.

Das Alles ist nur ein kleiner Teil des Inhalts im 76-Seitigen Wahlprogramm „Kommt zusammen und macht Europa Stark!“ Die Umsetzung dieser Projekte würde für die Europäische Union bereits einen großen Fortschritt bedeuten, Europa sozialer machen. Das Programm hat sicherlich mehr Substanz als Programme der Konkurrenz und es ist vor allem eines: Wirklich sozialdemokratisch.

Stand der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik

Von Jonas Pagels

Gerade beim Thema Sicherheits- bzw. Verteidigungspolitik schießen Einigen oft sofort Bilder von Panzern, Kriegen und/oder Zerstörung in den Kopf. Man assoziiert oft logischerweise Negatives und Schlimmes mit diesem Thema. Unter anderem ist es auch bei uns Jusos daher verständlich, dass wir wenig zu diesem Thema sprechen. In unserem Grundsatz sind wir nämlich größtenteils antimilitaristisch eingestellt. Dennoch ist die Idee nicht abwegig und wert darüber nachzudenken, dass wir Jusos uns auch auf diesem Thema klarer positionieren.

Meine bisherige Erfahrung in vielen Gesprächen mit Jusos zeigte mir, dass zum Thema der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und vor allem mit diesem Text auch im Zusammenhang mit der Europäischen Union, wenig bis gar kein Wissen unsererseits geschaffen oder vermittelt wird. Ein Austausch findet hierzu nach meiner Kenntnis nicht statt. Diese Schrift ist allerdings keine Kritik an diesem Umstand, sondern soll viel eher dazu anregen, sich allgemein und vor allem innerhalb unseres Verbandes mehr hierzu auszutauschen und Positionen zu erarbeiten.

Um den Kontext der sogenannten „Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) besser zu

verstehen, wird im Folgenden ein sehr kurzer Überblick über den aktuellen Stand gegeben und der Versuch gewagt mögliche Szenarien, wie und wo sich die EU auf diesem Gebiet auch aus einer sozialdemokratischen oder jungsozialistischen Sichtweise entwickeln kann, aufgelistet.

Die Europäische Union hat sich seit ihrer Existenz Schritt für Schritt nicht nur territorial sondern auch institutionell erweitert und entwickelt. So wurde mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahre 2009 eine neue Position innerhalb der EU gegründet: „Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitsfragen“. Derzeit ist die hohe Vertreterin mit der Zuständigkeit für die GASP Federica Mogherini. Die Hauptziele der GASP sind die Sicherung der Grundrechte und die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und der Demokratie. Konkrete Beispiele der Umsetzung dieser Ziele sind die Mission Atalanta vor der somalischen Küste am Horn von Afrika, wo konkret versucht wird eine sichere und freie Seefahrt zu garantieren sowie gegen Piraterie in diesem Gebiet gekämpft wird. Ein anderes Beispiel wäre der Einsatz der EU im Kongo, unter französischer Führung, wo die humanitäre Situation verbessert und die Einhaltung der Menschenrechte verteidigt werden sollte.



Dieser Tage hört man auch oft die Forderung, eine europäischen Armee einzuführen. Auch in unserem Verband konnte ich diese Forderung schon oft hören. Doch wie soll diese EU-Armee aussehen? Soll es eine Armee sein, die sich aus den Truppen der Einzelstaaten zusammensetzt und nur von der EU delegiert wird? Soll es eine Armee werden, die unter einer europäischen Flagge gemeinsam handelt und somit die nationalstaatliche Bindung aufgelöst wird? Und dann stellt sich ja noch die Frage, was diese europäische Armee, wie immer sie aussehen könnte, als Ziel haben soll. Soll es eine reine Verteidigungsarmee werden, oder sollte es eine Armee sein, die weltweit agieren und eingreifen kann?

Meiner Einschätzung nach, wäre eine europäische Parlamentsarmee eine gute Möglichkeit international Frieden zu garantieren oder bei Außeneinsätzen tatkräftig zu unterstützen. Doch die Debatte um eine Armee lässt eventuell auch den Fokus von einem viel wichtigeren Gebiet abschweifen, nämlich der internationalen Zusammenarbeit und Entwicklung. Vielleicht sollte hier auf diesem Gebiet auch viel mehr gemacht und vor allem investiert werden. Es wäre eine erfrischende Möglichkeit ggf. Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International oder „Care“, also beispielhafte Organisationen, die auch im Ausland tätig sind, viel stärker finanziell zu unterstützen. Man sieht, es ist in vielen Bereichen der GASP und in vielen inhaltlichen Positionen

unsererseits noch viel zu tun – aber vor allem viel zu schaffen.

Die Einschätzung, dass die EU ein Werkzeug ist, um langfristig auch über die eigenen Kontinentalgrenzen hinaus ein friedensstiftendes Projekt zu sein, ist nicht ganz verkehrt. Wir müssen meiner Einschätzung nach hier eine starke Position finden, die sich auch klar von anderen Parteien und Jugendorganisationen abgrenzt, bei denen tendenziell militärische Aufrüstung als allerheiligstes Mittel gegen Krisen und Konflikte beschworen wird. Lasst uns hierzu debattieren und streiten. Lasst uns hierzu eine vertretbar realistische aber vor allem soziale Position finden. In einer sich immer schneller entwickelnden Welt, in einer Welt, in der unzählige Krisenherde brennen und jährlich mehr Konflikte aufbrodeln, muss eine demokratische und eine auf menschenrechtliche Grundsätze basierte überstaatliche Organisation wie die EU mehr unternehmen (können). Hierfür muss unsere Generation, die selber einmal Verantwortung übernehmen wird, ihren Platz in der Reihe der Vordenkenden einnehmen. Ich wäre für diese Debatte bereit.

Buchempfehlung

Female Diplomacy - Frauen in der Außenpolitik

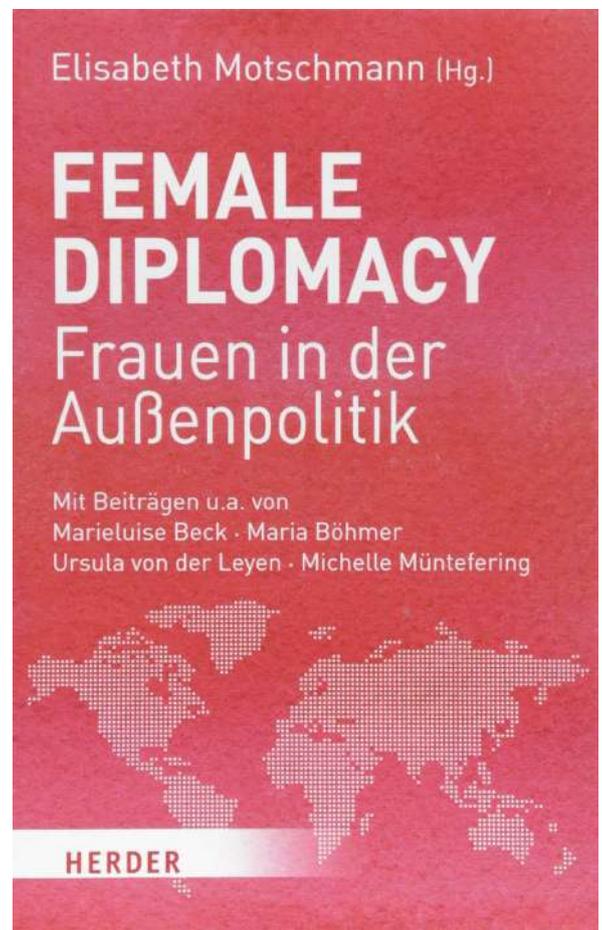
In dem im letzten Jahr erschienen Buch *Female Diplomacy* beschäftigen sich parteiübergreifend Frauen* in Einzelbeiträgen mit Außenpolitik. Was sich im ersten Moment nach einem Buch anhört, dass nur Meinungen zu außen-politischen Themen behandelt, ist eigentlich viel mehr, wenn man sich die internationale Politik genauer anguckt. Sie ist nämlich leider immer noch sehr männlich dominiert.

Dieses Buch bietet Einblicke von vielen klugen Frauen*, die aufzeigen, wo sie Probleme in der internationalen Politik sehen. Die Themen und die Autorinnen sind sehr verschieden. Von aktiven Politikerinnen, wie zum Beispiel Michelle Müntefering, über Journalistinnen bis hin zu Professorinnen sind alle vertreten. Und auch die Themen sind sehr vielfältig. Unter anderem wird sich in mehreren Beiträgen mit Außenpolitik im Kontext zu Europa beschäftigt - immer mit proeuropäischen Plädoyers und diskussionswürdigen Ideen.

Das Buch ist sicherlich keines, dass uns in all' seinen Beiträgen in unseren Meinungen bestätigt oder die außenpolitische Position der Jusos teilt, aber es ist eines, dass Frauen* zu Wort kommen lässt und uns einen feministischeren Blick auf die Außenpolitik vermittelt.

Ein Buch zum nachdenken und zuhören!

Thematik	••••◦ 4/5
Aufbau	•••◦◦ 3/5
Meinungsstärke	••••• 5/5



Terminübersicht

MAI

- 04. Seminar „Europa“
in Buxtehude
- 26. Europawahl

JUNI

- 29. - 30. Landeskonzferenz

JULI

- 12. - 14. Seminar „Asyl“ mit Weser-Ems
voraus. In Bad Zwischenahn

AUGUST

- 04. Seminar „Antisemitismus“
voraus. Soltau

Oktober

- 04. - 05. Seminar „Kommunalpolitik“
voraus. Verden

Editorial & Impressum

*Jungsozialist*in*
Jahrgang 2 - 2019
Ausgabe Mai 2019/I

Herausgeber*innen

Jusos in der SPD
Bezirk Nord-Niedersachsen
Archivstraße 1
21682 Stade

Redaktion

Lasse Rebbin
Laura Baumgarten

Lektor*innen

Tom Melzow
Laura Baumgarten

Umsetzung Design

Kira Georg

Redakteur*innen & Gäste

Mattheus Berg
Katharina Brumme
Jonas Pagels
Lasse Rebbin

Bilnachweise:

Cover: Laura Baumgarten
S. 3: Lasse Rebbin
S. 4.: Laura Baumgarten
S. 8: Konto na chwilę
S. 9: Jarosław Kruk
S. 10f: Sergii Figurnyi
S. 12f: EU diplomatic
mission
S. 14: Herder